

## Der Fortschritt ist bezahlbar

Michael Dauderstädt<sup>1</sup>

### Auf einen Blick

Deutschland kann sich den Fortschritt in Form von Energiewende und Ausbau sozialer Dienste leisten. Seine hohen Exportüberschüsse belegen ein unausgeschöpftes Konsum- und Investitionspotenzial. Aber auch ohne sie bräuchten wir keinen Wohlstandsverlust zu befürchten. Zwar müssen sich Verbrauchs- und Produktionsstrukturen ändern. Aber der Wechsel kann in einem Wachstumskontext durch mehr Beschäftigung und höhere Produktivität ohne unfreiwillige Einschränkungen traditionellen Konsums erfolgen. Dazu müssen die neuen Bedarfe mit stabiler Kaufkraft ausgestattet werden – am besten mittels einer gleichmäßigeren Verteilung der Einkommen und einer Beschränkung des Vermögenswachstums.

Deutschland steht vor gigantischen Aufgaben: Wir müssen oder wollen aus der hochriskanten Kernenergie sowie den fürs Klima gefährlichen und immer knapper werdenden fossilen Energieträgern aussteigen. Wir wenden immer mehr für unsere Gesundheitsversorgung einschließlich Pflegeleistungen auf. Die auch dadurch ständig steigende Lebenserwartung erhöht die Kosten der Alterssicherung. Viele Beobachter sehen schon unseren Wohlstand gefährdet oder fordern, den Gürtel enger zu schnallen. Denn die Energiepreise und Beiträge zur Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung müssten steigen, womit für andere Wünsche immer weniger übrig bleibt.

### Strukturwandel der Nachfrage muss kein Wohlstandsverlust sein

Von der Nachfrageseite her betrachtet, geht es um eine Veränderung ihrer sektoralen Zusammensetzung. Die Ausgaben für bestimmte Güter und Dienstleistungen wie Energie oder soziale Dienste werden steigen. Aber ist das ein Wohlstandsverlust? Am ehesten könnte man dies so sehen, wenn einerseits das Gesamteinkommen stagniert oder gar sänke (Letzteres wäre wohl immer ein Wohlstandsverlust), andererseits die Ausgaben für notwendige Dinge zu lasten geliebter Güter und Dienstleistungen stiegen. In einem festen Budget die Ausgaben für Kino und Bier zu senken, um die Heizung oder die Krankenkasse bezahlen zu können, ist in der Tat schmerz-

haft. Wenn in einem wachsenden Einkommen sich die Proportionen ändern, so muss das kein schmerzhafter Einschnitt sein.

Auch in der Vergangenheit haben sich Nachfragemuster erheblich geändert. Importe nehmen heute mehr Platz ein. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt hat sich seit 1970 etwa verdoppelt. Das Verhältnis von privatem zu kollektivem Konsum (Ausgaben der Haushalte für Steuern und Sozialversicherung) hat sich zugunsten des öffentlichen Konsums verschoben (der Staatsanteil stieg von 32 Prozent im Jahr 1960 auf 48 Prozent 2010), wovon der Löwenanteil auf den Anstieg der Sozialversicherungsleistungen zurückzuführen ist. Man kann sich streiten, inwieweit Versicherungen Konsum sind. Aber es sind Ausgaben, mit denen Ansprüche auf Leistungen, Einnahmen oder (bei der Sozialversicherung) Einkommen (z.B. Rente, Arbeitslosengeld) erworben werden. Da die erwarteten Leistungen mit dem Erwerbseinkommen steigen, kann der Anteil der entsprechenden Ausgaben nicht sinken, sondern wird relativ sogar zunehmen.

Innerhalb der privaten Konsumausgaben haben vor allem die Ausgaben für Wohnung und Miete ebenfalls stark zugenommen (von 9 Prozent des Bruttoeinkommens 1949 auf 19,7 Prozent 2008; vgl. Tabelle unten). Die Ausgaben für Ernährung und Kleidung dagegen, die etwa in den 1950er Jahren noch einen wichtigen Teil der Konsum-

ausgaben ausmachten, gingen relativ zurück (von zusammen 56,2 Prozent des Bruttoeinkommens 1949 auf 11,6 Prozent 2008), wobei Qualität und Quantität des Verbrauchs angestiegen sein dürften. Wahrscheinlich hätten die weniger reichen Haushalte im Jahr 1949 panisch auf die Vorhersage reagiert, sie müssten in Zukunft einen zweimal höheren Anteil ihres Einkommens für Wohnung ausgeben, da sie gefürchtet hätten, dann kaum noch Geld für die Ernährung zu haben.

Dem Wechsel in den Nachfragestrukturen entspricht ein Strukturwandel der Wirtschaft auf der Angebotsseite. Den relativ schrumpfenden Ausgaben für Nahrung etc. entspricht ein relativ geringerer Aufwand an Arbeit und Kapital in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie. Dank steigender Produktivität in diesen Sektoren hat das nicht zu einem geringeren Output und Versorgungsengpässen geführt. Dieser Strukturwandel nahm in den letzten Jahrzehnten vor allem die Form einer zunehmenden Tertiarisierung an. Dabei stieg vor allem die Beschäftigung im Dienstleistungssektor zulasten der Landwirtschaft und Industrie.

Auch die neuen Herausforderungen werden zu einem Strukturwandel führen. Mehr Arbeit und Kapital muss in „fortschrittliche“ Verwendungen wie erneuerbare Energieproduktion, Energienetze, Bildung, Gesundheit und Pflege fließen. Wenn damit das Angebot in anderen Sektoren absolut

Tabelle: **Entwicklung der Ausgabenstrukturen der deutschen Haushalte**

Jahr	1949	1969	1983	1988	1993	1998	2003	2008
<b>Bruttoeinkommen</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
Direkte Steuern	2,3	9,0	12,2	11,7	11,4	10,8	10,4	11,2
Sozialabgaben	8,6	5,2	7,4	8,3	8,7	9,9	10,1	10,2
<b>Nettoeinkommen</b>	<b>89,1</b>	<b>85,8</b>	<b>80,4</b>	<b>80,0</b>	<b>79,9</b>	<b>79,3</b>	<b>79,6</b>	<b>78,6</b>
<b>Konsumausgaben</b>	<b>87,7</b>	<b>72,2</b>	<b>63,1</b>	<b>62,3</b>	<b>60,3</b>	<b>62,5</b>	<b>61,1</b>	<b>60,6</b>
Nahrung	46,1	21,7	15,7	13,8	11,9	8,8	8,5	8,7
Kleidung	10,1	7,4	5,9	5,2	4,3	3,6	3,1	2,9
Wohnung (incl. Energie)	9,0	11,8	12,3	12,8	13,9	19,9	19,6	19,7
Einrichtung	2,9	7,3	6,4	5,9	5,5	4,4	3,6	3,0
Gesundheit	2,2	3,3	3,0	3,3	3,4	2,3	2,4	2,5
Verkehr	2,0	9,2	8,1	9,3	8,9	8,4	8,6	8,8
Nachrichtenübermittlung	0,0	0,9	1,2	1,3	1,3	1,5	1,9	1,8
Freizeit	0,7	7,4	6,6	6,5	6,0	7,5	7,3	6,9
Bildung	5,3					0,3	0,6	0,5
Beherbergung, Gaststätten						3,1	2,8	3,0
Sonstiges	9,4	3,2	3,8	4,4	4,8	2,7	2,8	2,7

Anmerkung: Die Differenz zwischen Konsumausgaben und Nettoeinkommen umfasst weitere Steuern und Versicherungen (z.B. Kfz), Schuldendienst, und Ersparnis.

Quelle: Stat. Bundesamt: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, eigene Berechnungen.

zurückgehen würde, könnte das zu Wohlstandsverlusten führen. Denn dann würden wahrscheinlich die Preise dieser traditionellen Güter und Dienstleistungen wegen des sinkenden Angebots steigen, bis wieder ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage erreicht wäre. Dieses „Gleichgewicht“ würde aber sicher von den Betroffenen, die ihren Konsum einschränken müssten, als schmerzhaft empfunden.

Aber es ist eher unwahrscheinlich, dass der Fortschritt solche Einschränkungen erfordert. Weitere Produktivitätsgewinne, vor allem in Industrie und Landwirtschaft, aber auch in vielen Teilen des Dienstleistungssektors, wie etwa in der digitalen Ökonomie, sind absehbar. Sie erlauben die Befriedigung der gesellschaftlichen Nachfrage und eine Steigerung aller Einkommen.

### **Deutschland muss nicht sparen, um diese Bedarfe zu decken**

Aber selbst wenn der Produktivitätsfortschritt nicht ausreichen würde, verfügt Deutschland auch noch über freie Kapazitäten an Arbeit und Kapital. Noch immer sind Millionen Menschen arbeitslos oder unfreiwillig in Teilzeitarbeit. Die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden ist in Deutschland tendenziell zurückgegangen, was auf ungenutzte Reserven hindeutet. Schließlich werden viele der Dienstleistungen wie etwa in der Pflege heute auch schon erbracht, aber eben unbezahlt im Haushalt und meist von Frauen, die dafür schlecht vorbereitet, ausgebildet und ausgestattet sind. Beim Kapitalstock sieht es schwieriger aus. Hier müssten Sachinvestitionen (z.B. Produktion von Windrädern, Solarzellen, Überlandleitungen, Ganztagschulen und Kindergärten, Altenheimen) erfolgen, die ihrerseits wieder Arbeit und Kapital erfordern.

Aber Deutschland hat auch einen riesigen Exportüberschuss. Wir könnten also auch mehr Güter und Dienstleistungen importieren, etwa um einen Angebotsausfall im traditionellen Bereich zu kompensieren oder bestimmte Inputs für den neuen Fortschritt zu erhalten. Den Gegenwert produzieren wir schon mit dem vorhandenen Kapitalstock und Arbeitskräften. Statt die Exporterlöse zu sparen und ans Ausland zu verleihen, damit es uns mehr abkaufen kann als wir von ihm kaufen, könnten wir also schmerzfrei mehr importieren, um mehr zu konsumieren oder zu investieren.

Muss Deutschland noch mehr sparen, um sich eine Expansion des gesellschaftlich wünschenswerten Angebots leisten zu können? Wo könnte die Finanzierung der zusätzlichen Investitionen und der laufenden Nachfrage herkommen? Einmal könnte Deutschland nicht nur seine Exportüberschüsse abbauen und seine Ersparnisse im Inland verwenden, sondern sich umgekehrt Importüberschüsse leisten und sie durch Abbau seines Vermögens, das aus Forderungen an ausländische Schuldner besteht, finanzieren.

In jedem Fall könnten sich die „fortschrittlichen“ Investoren Geld aus dem Finanzsektor leihen. Denn der Finanzsektor kann Kredite schaffen, vor allem wenn die Zentralbank eine solche Kreditexpansion unterstützt oder zumindest duldet. Sie tat das in der Regel nur ungern und in Grenzen, da sie befürchtete, dass die zusätzliche Nachfrage nur die Preise erhöhen würde. Dabei hätte die Preissteigerung dann indirekt den Effekt, die vorher vermiedene Ersparnis zu erzwingen, indem sie die reale Kaufkraft verringert. Aber es muss gar nicht zwangsläufig zu allgemeinen und dauerhaften Preissteigerungen kommen, wenn sich das Angebot entsprechend ausdehnt. Und solange es Beschäftigungsreserven gibt und Produktivitätssteigerungen möglich sind, kann das Angebot ohne allgemeine Inflation zunehmen. Die entsprechenden Investitionen, die das Angebot ausdehnen, also realwirtschaftliches Wachstum erzeugen, finanzieren sich dann letztlich selbst, wenn ihr Output Nachfrage findet.

### **Investoren brauchen stabile Ertragsaussichten**

Dazu muss ein Kreislauf zustande kommen, der zusätzliche Nachfrage und Einkommen erzeugt. Am Beispiel der Energiewende sähe das so aus: Die Verbraucher (Haushalte, Unternehmen, Staat, theoretisch auch das Ausland, obwohl Deutschland wohl kaum ein großer Energiexporteur werden dürfte) zahlen mehr für die konsumierte Energie. Dies ist schon der Fall nach dem EEG (Erneuerbare Energien Gesetz), das die Energiekonzerne zur Abnahme verpflichtet, die diese Kosten an die Verbraucher weitergeben. Damit hat sich die Investition in die Produktion von erneuerbaren Energien gelohnt.

Die Alternative ist die staatliche Subvention der entsprechenden Investitionen durch Zuschüsse, Steuernachlässe oder erlaubte Kostenexternalisie-

rung. Davon hat beispielsweise die Atomindustrie über Jahrzehnte profitiert, die kaum zu den Kosten der Forschung und Entwicklung, Zwischen- und Endlagerung sowie Versicherung gegen mögliche Katastrophen beitragen musste. In dem Maße, wie diese Kostenentlastungen an die Konsumenten weitergegeben werden, führen sie in der Regel auch zu höherer Nachfrage. In diesem Fall läuft der Finanzierungsstrom doppelt: vom Steuerzahler über den Staat und direkt vom Konsumenten an den Investor.

Grundsätzlich müssen Investitionen nicht davon abhängen, dass der Staat die Risiken trägt oder die Nachfrage garantiert, auch wenn in vielen Sektoren (z.B. Wohnungsbau, Automobilindustrie) begleitende staatliche Maßnahmen (z.B. Eigenheimzulage, Straßenbau) üblich waren und/oder sind. Im marktwirtschaftlichen Idealfall würden die Konsumenten einfach gern das fortschrittliche Gut kaufen und dafür mehr Geld ausgeben (z.B. Apple-Produkte). Bei der Produktion der zusätzlichen Güter oder Dienstleistungen entsteht auch das für die Nachfrage notwendige Einkommen, auch wenn es eventuell über Kredite vorfinanziert werden muss. Dadurch wächst das Gesamteinkommen. Die Mehrausgaben müssen dann keine anderen Ausgaben verdrängen. Umgekehrt müssen die Verkaufserlöse über die Kosten der Vorprodukte hinaus die Wertschöpfung einbringen, aus der die eingesetzte Arbeit entlohnt und der Kapitalstock finanziert wird.

### Dem Fortschritt droht die Schuldenfalle

Dieser Kreislauf ist in Gefahr. Zwar sind im Preis der jeweiligen Leistung (Energie, Bildung, Pflege etc.) Löhne und Kapitalkosten enthalten. Die Löhne sind aber sehr unterschiedlich hoch, da gerade in den letzten Jahren die Lohnspreizung sehr zugenommen hat und insbesondere Spitzenverdiener enorme Einkommenszuwächse zu verzeichnen hatten, während die durchschnittlichen Reallöhne stagnierten. Hohe Einkommen werden aber zu geringeren Teilen ausgegeben und dienen mehr der Ersparnis und Vermögensbildung. Die Kapitalkosten enthalten die Abschreibungen, die Verzinsung und Gewinne. Während man die Abschreibungen als die zeitlich gestreck-

te Zahlung an den Kapitalgütersektor (einschließlich die dort Beschäftigten) sehen kann, gehen Zinsen und Profite an die Vermögensbesitzer.

Deren leistungsfreie Einkommensansprüche erhöhen den Preis wie eine Mehrwertsteuer. Im Gegensatz zur Mehrwertsteuer werden diese Einnahmen nicht für demokratisch bestimmte Zwecke verausgabt, sondern dienen überwiegend dem weiteren Vermögensaufbau. Diesen Vermögen stehen die Schulden vieler Anbieter (Unternehmen), Verbraucher (meist Haushalte) und oft auch noch des Staates gegenüber. Bezeichnenderweise sind die Ausgabenanteile der Haushalte für Kapital-„Leistungen“ wie Wohnungen und Zinsen strukturell immer weiter gewachsen. Die zunehmende Verschuldung wirkt sich als eine Bremse für Nachfrage und Investitionen aus.

Die höheren Einkommen, insbesondere der Vermögensbesitzer, werden partiell gespart und fragen direkt wenig nach, während sich große Bevölkerungsteile mit ihren geringen Einkommen zusätzliche Ausgaben nur schwer leisten können. Gerade die zukunftssträchtigen Bereiche wie erneuerbare Energien, Bildung, Gesundheit und Pflege zählen zu menschlichen Kernbedarfen, für die eine Grundversorgung ohne Einschränkung durch das Markteinkommen garantiert sein sollte. Hier ist eine Umverteilung zulasten der Spitzenverdiener und Vermögensbesitzer gefragt. Ohne eine andere Verteilung der Kaufkraft erhöht sich das Risiko für die Investoren, eine ausreichende und stabile Nachfrage und somit Erträge zu erhalten.

Deutschlands Wohlstand steigt nicht durch die Steigerung der Geldvermögen, sondern durch den Aufbau eines realen Kapitalstocks an gesunden, gut ausgebildeten Menschen, einer öffentlichen Infrastruktur und einer modernen materiellen und immateriellen „Ausrüstung“ in allen Sektoren (Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen). Er erlaubt die Produktivitätssteigerungen und die Beschäftigung, die den Fortschritt in Gestalt eines sozialen Wachstums mit mehr erneuerbaren Energien und einer besseren Versorgung mit Bildung und Pflegeleistungen ermöglicht.

1 Der Autor ist Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.